

[illegible]

No. 5.

# Stadtrats-Sitzung

abgehalten am 10. Februar 1921.

**Gegenwärtig:**

1. Vorsitzender:

I. Singersmeister: Paul Mayer,  
II. Singersmeister: Wolfgang Grapl,

## 2. Die bürgerlichen Stadträte:

Lüttl	Hoffmann
Kambel	Lipold
Kecht <i>nussf.</i>	Loring
Herrmann	Reip
Frän. Hertlein	Scherer
Metzger	Jugummas <i>nussf.</i>
Härtl	Bachmeier
Bärner	Fehr
Schalacher	Tremmel <i>nussf.</i>

3. Russische Kaiserliche Lotterie



Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Gegenstand
1	—		Sitzungsprotokoll vom 31. I. 1921.
2	441		Entscheidung gegen das Pariser Diktat
3	441		Grundentscheidung § 155 b
4	423		Rückblick auf die

No 441.

## B e s c h l u ß.

### Kundgebung des Stadtrates gegen das Pariser Diktat.

Zu Beginn der heutigen Sitzung nahm Herr I. Bürgermeister Mayer Stellung zu den Pariser Beschlüssen und führte u.a. folgendes aus:

Unsere haßerfüllten Gegner haben uns durch die Pariser Beschlüsse neuerliche Forderungen auferlegt, die in ihrer Auswirkung zum mindesten die Versklavung auf viele Jahrhunderte hinaus, wenn nicht den Untergang eines auf hoher Kulturstufe stehenden 70 Millionenvolkes bedeuten. Das deutsche Volk soll auf ein halbes Jahrhundert Leistungen in wahnwitziger Höhe übernehmen und der Polizeiaufsicht der Feinde unterstellt werden, der deutsche Handel soll durch unerhörte Ausfuhrabgaben völlig lahm gelegt und durch die gänzliche Entwaffnung soll Deutschland wehr- und ehrlos gemacht und so seinen äußeren und inneren Feinden preisgegeben werden. Hungersnot, Zerrissenheit und namenloses Elend müßten naturnotwendig die Folge sein.

Wenn unsere Gegner in ihrem leidenschaftlichen Haß nicht völlig verblendet wären, so müßten sie die katastrophalen Wirkungen ihrer Forderungen ohne weiteres erkennen. Allein sie gehen ja gerade darauf aus, dem deutschen Volke unerschwingliche Leistungen aufzuerlegen, um alsdann einen willkommenen Vorwand zu weiteren Zwangsmaßnahmen zu haben, insbesondere zur Besetzung weiterer deutscher Gebietsteile. Wenn ihnen dieser Plan gelänge, so würde die deutsche Nation zu einem Sklavenvolke in des Wortes vollster Bedeutung erniedrigt werden, und die gesamte Arbeit für den Wiederaufbau wäre weiter nichts, als ein Frondienst auf Jahrzehnte zu Gunsten unserer Feinde.

Das deutsche Volk ist nicht gewillt, diese Sklaven-



ketten freiwillig auf sich zu nehmen und es besteht für die Regierung und Volksvertretung die heiligste Verpflichtung, diesen einmütigen und entschlossenen Willen des deutschen Volkes den Feinden nachdrücklichst zum Bewusstsein zu bringen und ihnen ein deutsches "bis hierher und nicht weiter" zuzurufen.

In dieser überaus ernsten politischen Lage ist es aber Pflicht der gesamten Bevölkerung, der Regierung das Rückgrat zu stärken und sich geschlossen hinter sie zu stellen.

Alles Trennende muß zurückgestellt werden, die innere Zerrahrenheit muß aufhören, der nationale Gedanke und die nationale Würde müssen wiederum Gemeingut des deutschen Volkes werden und in allen Bevölkerungsschichten und Parteien muß sich die Erkenntnis Bahn brechen, daß hier nur ein eiserner Wille und einmütige Entschlossenheit zum Ziele führen und das Vaterland vor dem Untergang erretten kann.

Mit der einfältigen Phrase der internationalen Verbrüderung ist hier nichts getan. Nur die selbstlose tatkräftige Hingabe an die Nation kann uns retten, und in diesem Sinne will auch die ganze Neuburger vaterländisch gesinnte Einwohnerschaft ihren Teil mitwirken an der Errettung unseres Vaterlandes aus schwerer Not und Gefahr.

Der Herr Bürgermeister schlug hierauf folgende

#### R e s o l u t i o n

zur Annahme vor:

"Namens der gesamten Einwohnerschaft der Stadt Neuburg an der Donau erhebt der Stadtrat einmütig den schärfsten Protest gegen die unerhörten Forderungen der Pariser Konferenz, die das gesamte deutsche Volk einer entehrenden Knechtschaft und grenzenloser Verelendung auf ein halbes Jahrhundert hinaus überliefern würden. Die wahnwitzigen Bedingungen sprechen jeglichen Gefühlen von Gerechtigkeit und Menschlichkeit

Hohn und würden die Vernichtung eines kulturell hochstehenden 70 Millionen-Volkes bedeuten. Die gesamte Bevölkerung der Stadt Neuburg a. D. bittet die Regierung und Volksvertretung, dem ungeheuerlichen Ansinnen des Feindbundes in der Entschädigungs- und Entwaffnungsfrage mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten und ihm die gänzliche Unannehmbarkeit der Forderungen nachdrücklichst zum Bewußtsein zu bringen."

- - - - -

Vorstehende Resolution wurde in der heutigen Stadtratssitzung einstimmig zum

#### B e s c h l u ß

erhoben, nachdem die sämtlichen Fraktionsvorsitzenden namens ihrer Fraktionen ausnahmslos hiezu ihre Zustimmung gegeben hatten.

Die Resolution soll der Reichs- und Landesregierung übermittelt werden.



# Beschluss

Das Sitzungsprotokoll vom 31. I. 1921 wurde in der  
jüngsten Sitzung bekanntgegeben, ohne Zustimmung.

## I. Öffentliche Sitzung.

Zusolge Heft 1 des Protokolls vom 16. Februar 1920  
wurde von dem städtischen Rat Nr. 1556 der  
Kommunale Verwaltung a. D. ein Brief von ca. 30  
Exemplaren an die gemeinnützige Bauverwaltung  
als Briefkasten angesetzt.

Bei der Bauverwaltung sollte sich befinden, daß in  
diesem Briefkasten Briefe von der Gemeinnützigen  
Verwaltung a. D. für den Briefkasten  
eingesetzt sind. Die Bauverwaltung hat davon  
keine Kenntnis.

Der Rat beschließt, an die Bauverwaltung ein  
Gepäck mit einem Briefkasten für den Briefkasten an  
die Bauverwaltung zu versenden.

Ein städtischer Bauverwaltung Briefkasten wird  
an der Bauverwaltung so wenig besetzt, daß sich  
die Bauverwaltung an diesem Tage nicht mehr  
verfügt. Mit Rücksicht darauf beschließt der Rat,  
ein Bauverwaltung Briefkasten am Freitag und Samstag  
jeder Woche zu besetzen.  
Der Rat beschließt, die Bauverwaltung der Stadt.



Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit.	Referent	Gegenstand
5	434		Poststränge der Städtischen und Königlichen Bibliothek
6	—		Leihungsverhältnisse in der Städt. Bibliothek

## Beschluss

meist der hiesige Schwimmer nicht mehr vollbeschäftigt ist,  
wird hiesiger Leihungsverhältnisse vermehrt, dieselben  
für andere städtische Arbeiten zu verwenden.  
Die Verwaltung von anderen Privatgepflegten  
dieser hiesigen Schwimmer kann mit Rücksicht  
auf die eigenschriftlichen der hiesigen vgl. Gemeindegemein-  
schaft nicht geändert werden.

Die Poststränge der Städtischen und Königl.  
Bibliothek aufzugeben nicht mehr den hiesigen  
Leihungsverhältnissen, sondern dieselben einer  
eigenschriftlichen Verwaltung untergeben werden sollen.

Hierbei beschließt, mit den hiesigen hiesigen  
Kommissionen zu beauftragen und in diese abzu-  
geben den hiesigen Leihungsverhältnissen  
und die hiesigen hiesigen hiesigen und hiesigen.

Sollte eine gütliche Einigung mit den hiesigen  
nicht zustande kommen, so ist das hiesige  
und hiesige hiesige hiesige.

Hiesige hiesige hiesige hiesige, die hiesige  
Leihungsverhältnisse hiesigen hiesigen in der  
städtischen hiesigen insbesondere die hiesige  
hiesige hiesige zu hiesigen.

Diese hiesigen hiesigen hiesigen hiesigen.



Numer des Vortrags	Numer des Exhibit.	Referent	Gegenstand
5	434		Verkaufsträger der Stücklisten und Küchengeräte
6	—		Verkaufsträger in der Stück- Liste

Beschluss
<p>meistens durch Schwestern nicht mehr vollbracht ist, wird durch die Schwestern nicht mehr, sondern für andere Stillest. Arbeiten zu verwenden. Die Verwaltung von anderen Privatschwestern durch Herrn Schwestern kann mit Rücksicht auf die Gesundheit derselben als Gemeinwohl nicht gebilligt werden.</p> <p>Die Verkaufsträger der Stücklisten und Küchengeräte gründliche aufzusuchen nicht mehr, sondern zeitweilig, welche dieselben einer gründlichen Prüfung unterworfen werden sollen. Weiterhin, mit den Verkaufsträgern einer Kommission zu betrauen und in diese abzu- ordnen den H. Herrn Schwestern Grafen und die Herrn Stillest. Juggenros und Schabacker. Sollte eine günstige Einigung mit den Stillest. nicht zustande kommen, so ist die Verkaufsträger und Stillest. festzusetzen.</p> <p>Herr Stillest. sollt. stellt den Antrag, die Stillest. Einigung von Stillest. Verträgen in der Stillest. Liste insbesondere die Verkaufsträger einer Verkaufsträger zu genehmigen. Diese Verträge werden dem Antrag auf-</p>



Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit.	Referent	Gegenstand
7	425		Wäimung von Oborten
8	426		Legierung des Garmenbrennapparats
9	425		Flugmanöverkationen

## Beschluss

gesamt gesamt.

Dem Landwirt Herrn Heinrich Müller, Nr. 12 in Marienheim wird vom 1. Januar 1911 ab ein für den Anbau der Wäimung der Oborte im Anbau, im südlichen Oborte, und im südlichen Oborte übertragen und derselben ein Recht von 2 Hektar für jedes Jahr zugesetzt.

Als Mitglied des gemäß Ministerial-Erlassung vom 7. April 1914 Nr. 9575/II für die Stadt Neuburg a. D. zu bildenden Garmenbrennapparats wird seitens der Legierungsbefugten der Herrwerksmitglied Herr Legierungsbefugter Herr Hehl als solcher abgenommen. Im Übrigen wird die Wahl der 7. Legierungsbefugten in den Garmenbrennapparat bestätigt.

Der Garmenbrennapparat vom 4. d. M. wird in der heutigen Sitzung bekannt gegeben.

Im Interesse der Herstellung einer besseren Verbindung zwischen Garmenbrennapparat und Fliegertruppe nimmt Herrwerks die unmittelbaren Fliegerkationen an und nimmt.







[illegible]

B e s c h l u s s.

Der Stadtrat Neuburg a. D. erläßt auf Grund des § 30  
des Landessteuergesetzes vom 30. März 1920 und der Verordnung des  
Reichsfinanzministeriums über die Besteuerung des reichssteuer-  
freien Einkommens durch die Gemeinden vom 28. Mai 1920 (RGBl. S. 1117)  
folgende

Steuern und Ordnung

1.

Der nach § 20 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 steuerfreie Einkommensteil unterliegt bei Personen, die in der Stadtgemeinde Neuburg a.D. einen Wohnsitz (§ 62 der Reichsabgabenordnung) haben oder deren Aufenthalt in der Gemeinde Neuburg a.D. innerhalb eines Steuerjahres die Dauer von drei Monaten übersteigt, der gemeindlichen Besteuerung.

§ 2.

Die Gemeindeeinkommensteuer wird vorbehaltlich des Abs. 2 nur von der Hälfte des steuerfreien Einkommensteils erhoben.

Bei Steuerpflichtigen, bei deren Veranlagung ein steuerfreier Einkommensteil von nicht mehr als 1500 M berücksichtigt wird, wird der steuerfreie Einkommensteil mit dem g a n z e n Betrage zur Besteuerung herangezogen.

## 3.

Von der Gemeindeeinkommensteuer sind befreit:

1. A l l e i n s t e h e n d e (ledige und verwitwete) Personen, deren steuerbares Einkommen (§§ 4-18 Eink.St.G.) 5000 M., v e r h e i r a t e t e Personen, deren steuerbares Einkommen (§§ 4 bis 18 Eink.St.G.) 8000 M nicht übersteigt.

Die steuerfreien Einkommensgrenzen von 5000 M. und 8000 M. erhöhen sich für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind (§ 17 Abs.2 Eink.St.G.) ohne eigenes Arbeitseinkommen (§ 17 Abs.1 und § 9 Eink.St.G.) um 500 M.

2. Personen, deren steuerbares Einkommen 10.000 M nicht übersteigt,  
mit dem nach § 20 Abs. 2 - 4 des Einkommensteuergesetzes steuer



Nummer Nummer

freien Einkommensteil von 700 M für die zweite und jede weitere Person, die das 16. Lebensjahr nicht vollendet hat.

(Ziff. 2 kommt nur dann in Betracht, wenn die steuer-

freien Einkommensgrenzen nach Ziff. 1 Abs. 1 von 5000 M und 8000 M 10.000 M nicht übersteigen.)

§ 4.

Nicht einkommensteuerpflichtige Personen zahlen 10 v. H., einkommensteuerpflichtige Personen den höchsten Hundertsatz, mit dem sie zur Einkommensteuer herangezogen sind.

§ 5.

In den Fällen der §§ 26 und 44 des Einkommensteuergesetzes wird die gemeindliche Steuer in dem gleichen Verhältnisse ermässigt oder erlassen, in dem die Reichseinkommensteuer nicht erhoben wird.

§ 6.

Hinsichtlich der Veranlagung der Gemeindecinkommensteuer und der Rechtsmittel gelten die gleichen Bestimmungen wie bei der Reichseinkommensteuer.

§ 7.

Diese Steuerordnung tritt mit dem 1. April 1920 in Kraft; sie gilt nur für das Rechnungsjahr 1920.

Die mit Beschluss vom 26. Juli 1920 erlassene Steuerordnung wird hienit aufgehoben und ausser Wirksamkeit gesetzt.

Neuburg a. D., den 10. Februar 1921.

Stadtrat:

*[Signature]*

Beschluss



Nummer des Vortrags	Numer des Exhibit.	Referent	Gegenstand
11	414		Hauptversammlung des Lützow. Brandwehns
12	—		Kriegsfluchtsteuer
13	411		Kaufsteuer wegen des Handelsvertrags mit Preußen wegen Zulassung des Herrn Oberpräsidenten Velt
14	417		Zulassung des Wollwarenbesizers Müller für die Wollwarensteuer

Beschluss
<p><u>II. Geheime Sitzung.</u></p> <p>Für die Sitzung am den am Dienstag den 15. Februar 1911 zu Fulda Stadt. Hofmeister.</p> <p>XXIX. Hauptversammlung des Lützowischen Brand- wehns werden abgewählt Herr Lützow- meister und die Herren Herrstr. Hoffmann und Metzger.</p> <p>Die Abfertigung aller Kriegsfluchtsteuer (also auch gepflogen) und von Kriegsfluchtsteuer in der Zeit von Offenbarung bis zum 1. Sonntag nach Offenbarung, das ist vom 9. Februar bis 3. April d. J. einfluss- los, wird entworfen.</p> <p>Der einflusslose Handel besetzt gemäß § 196 des N. St. G. L. wegen des Handelsvertrags mit Preußen in Teuburg d. wegen Zulassung des Oberpräsidenten Velt Kaufsteuer zu stellen.</p> <p>Der Herr Wollwarenbesitzer Müller hat sich bereit für die Zulassung der Lützowischen Lützow- steuer für die Wollwarensteuer aufzuheben. Es ist eine Zulassung von 5000 M. und der Zulassung des Wollwarenbesizers bewilligt.</p>



Nummer des Vortrags.	Nummer des Exhib.	Referent	Gegenstand
15.	426		Pfandbriefe für die Spitalstiftung

Beschluss
<p>Entschieden wird dasselbe mit dem gleichen Mittel ab 1. Februar 1921 zur Ausführung, mit weiteren Massnahmen, die Herr Müller abzugeben gütigkeitsweise nachzuweisen hat, sowie dasselbe nicht mit der Wilschmiederei von 10 Pf. pro Liter verkauft werden können, im Aufschub bis zu 1000 M., jedoch nicht darüber hinaus pro Monat dem Antrage der Wirtschaftsprüfung unterworfen, bis auf Weiteres gemäss.</p> <p>Der I. Herr Bürgermeister besuchte in jüngster Sitzung die Prämie der Kinderarbeit, die Herr Wilschmied und Frau Margarete Oswald, Gutsbesitzerin in Little Hill in Amerika durch Vermittlung des Kaufmanns Herrn Albert de Cigno lieferte der städtischen Spitalstiftung den Betrag von 7000 M. pfandbriefweise überlassen hat mit der Bitte, dass das Kapital dem Vermögen der Spitalstiftung zuzurechnen und die alljährlich einfallenden Zinsen zur wirtschaftlichen Unterstützung der Spitalstiftung zu verwenden.</p> <p>Herrnrat nimmt diese Zurechnung an und beschließt, den Betrag ordnungsgemäss zu verwenden. Herr I. Bürgermeister sprach nochmals das</p>



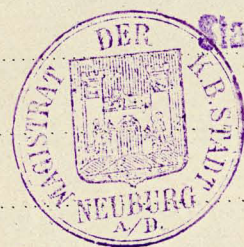




[illegible]

Beschluß

Der Obmann des Ausschusses Herr Dr. v. S. wird  
für ihre 3 Kinder Lenz, Adolf und Lina  
ein monatliches Kindergeld von  
je 30 Mk. pro Mt. und der Maxillie von Waisen-  
pflanzung zugesagt.



Stadtrat Nürnberg a. D.

Науче

